



Sachsenheim, 22.07.2024

An: Martin Hein

Sachsenheim erhöht erneut die Kindergartenbeiträge – S.F.S. übt scharfe Kritik

Guten Tag Herr Hein,

Die Stadt Sachsenheim hat erneut die Kindergartenbeiträge erhöht, und dies in einem Rahmen, der weit über den ursprünglich festgelegten Rahmen hinausgeht. Laut eines im vergangenen Jahr gefassten Dreijahresbeschlusses, sollte die Erhöhung der Beiträge lediglich 1 % über dem Landesrichtsatz liegen. Hintergrund dieser Regelung war, dass die Stadt im Vorjahr die Erhöhung um 3 Prozentpunkte niedriger ansetzte, als es gemäß Landesrichtsatz möglich gewesen wäre. Konkret bedeutete dies eine Erhöhung von 5,5 % anstelle der zulässigen 8,5 %. Das war den eh schon hohen Beiträgen geschuldet.

Für dieses Jahr liegt der Landesrichtsatz bei 7,3 %, was gemäß dem letztjährigen Beschluss zu einer Erhöhung von 8,5 % hätte führen müssen. Die nun bekannt gegebenen Erhöhungen fallen wesentlich höher aus. Im Durchschnitt wurden die Beiträge um 10,36 % angehoben. Dies hat unter anderem zur Folge, dass Eltern für die U3-Ganztagesbetreuung ohne Essen ab dem 1. September diesen Jahres 781 Euro entrichten müssen.

Die S.F.S. spricht sich entschieden gegen dieses Vorhaben aus! Zumal sich die Stadt damit nicht an die Gemeinderatsbeschlüsse hält, insbesondere da eine Mitwirkung des Gesamtelternbeirates schon beim Dreijahresplan trotz mehrfacher Aufforderung nicht ermöglicht wurde. „Es ist inakzeptabel, dass die vor vollendete Tatsachen gestellt werden und die beschlossenen Erhöhungsraten nicht eingehalten werden. Dies stellt eine erhebliche finanzielle Belastung für viele Familien dar.“ so Markus Seyfang von der S.F.S. „Die laut dem Landesgesetz dem Gesamtelternbeirat zustehenden Mitwirkungsrechte müssen gewahrt werden!“

Zudem sind die Gebühren in Sachsenheim gerade in der U3 Betreuung ohnehin schon mit die höchsten im Landkreis, weshalb eine Erhöhung in dieser Größenordnung unverhältnismäßig und inakzeptabel ist. Arbeiten muss sich lohnen! In Zeiten von Fachkräftemangel darf es nicht sein, dass hohe Gebühren Menschen mit kleinen Kindern davon abhalten, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.

Die S.F.S. fordert die Stadt eindringlich auf, sich an die vereinbarten Beschlüsse zu halten und die Erhöhungen rückgängig zu machen. Zudem muss eine transparente Kommunikation und die Einbeziehung des Gesamtelternbeirates bei zukünftigen Entscheidungen sichergestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen für die S.F.S.
Markus Seyfang (Gemeinderat)